

DIE LINKE.

i n K a r b e n

Bezahlbare Wohnungen

Preiswerten Wohnraum findet man kaum in Karben. Deshalb beantragte DIE LINKE. im Stadtparlament, dass wenigstens in einem der geplanten Mehrfamilienhäuser am KSG-Sportplatz Groß-Karben mit den Investoren eine Mietpreisbindung vereinbart wird. Laut Magistrat verfügt die Stadt über eine hohe Baulandreserve. Somit besteht die Möglichkeit, günstige Wohnungen für Bürgerinnen und Bürger mit kleinem Geldbeutel zu bauen. Das wäre eine sinnvolle Investition. Nicht zuletzt um zu vermeiden, dass Geringverdienende und Flüchtlinge um den knappen Wohnraum konkurrieren müssen. Soziale Spannungen brauchen wir in Karben nicht!

Februar 2015/Nr. 35

Kommunale Belastungen auf Rekordniveau

Auch der Haushalt für 2015 belastet die Bürgerinnen und Bürger mit geringen und mittleren Einkommen stark und ignoriert drängende soziale Probleme. Deshalb lehnte DIE LINKE. den Haushalt ab.

Die Stadt Karben erwartet nun im zweiten Jahr einen ausgeglichenen Haushalt. Sogar Überschüsse werden prognostiziert. In den beiden vergangenen Jahren wurden die Hebesätze der Grundsteuer A

und B stark erhöht, um diese ausgeglichenen Haushalte zu erreichen.

Das war und ist sozial ungerecht, weil die Kosten auf alle Bürgerinnen und Bürger umgelegt werden,

Fortsetzung Seite 2

Taube Ohren

Nichts brachte die VGO (Verkehrsgesellschaft Oberhessen) und den Kreisausschuss dazu, ihre Entscheidung bei der Schülerbeförderung zurückzunehmen. Man will jetzt wieder zur Tagesordnung übergehen. Die Eltern sollen zahlen.

Obwohl der Schulweg von Petterweil nach Rodheim mehr als drei Kilometer beträgt, wird er von der

VGO nicht nochmal nachgemessen. Der Landrat gibt sich kulant: Weil der

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 1

Kommunale Belastungen auf Rekordniveau

unabhängig von ihrem Einkommen.

Der Haushalt 2015 ist zwar ohne weitere Erhöhungen der Steuern und Gebühren geplant, doch haben die Erhöhungen der letzten Jahre bereits ein extrem hohes Abgabenniveau erreicht. Die derzeitigen Abgaben stellen die höchste kommunale Belastung der Karbener Bürgerinnen und Bürger dar, die jemals existierte.

Wenig tröstlich, wenn die Koalition aus CDU, Freien Wählern und FDP beschwichtigt: „In anderen Städten und Gemeinden ist es noch viel schlimmer.“

Kommunale Unterfinanzierung

Ein Beispiel: Hessen hat einen Bildungsplan von 0 bis 10 Jahren. Somit müssten frühkindliche Förderung und Erziehung analog zur Schulbildung kostenfrei sein. Ein verbindlicher „Bildungsplan“ bedeutet, das Land müsste

Bei der Grundsteuer B wird allein die Größe der Grundstücke als Berechnungsgrundlage herangezogen, während die Vermögensverhältnisse der einzelnen Bürger keine Rolle spielen.

Ein alleinvertienender Familienvater in prekärem Beschäftigungsverhältnis, der ein bebautes 500 qm Grundstück besitzt, muss genau so viel zahlen, wie ein Millionär der ein bebautes 500 qm Grundstück besitzt. Was ist daran gerecht?

die gesamte Finanzierung übernehmen.

In diesem Fall - so Bürgermeister Rahn - hätte Karben einen Haushaltsüberschuss von 3 Millionen und könnte komplett auf die Erhebung von Grundsteuern verzichten.

Diese Kritik an der Finanzpolitik der CDU/Grünen Landesregierung in einer öffentlichen Sitzung finden wir gut.

Das ist kritisch am Haushalt 2015:

1. Kindergartengebühren - nach wie vor zahlen gut verdienende Familien prozentual weniger als Familien mit geringerem Einkommen.

2. Schwimmbad - 20% Rabatt bekommt, wer sich eine Geldkarte von 400 Euro leisten kann. Wer sich das nicht leisten kann, zahlt mehr.

3. Friedhofgebühren – massive Erhöhung für Urnenbestattungen: statt 400 Euro

jetzt 800 Euro. Das ist eine Steigerung von 100%.

5. Bezahlbares Wohnen - zu einem der drängendsten sozialen Probleme sagt der Haushalt nichts.

4. Thema Flüchtlinge - die Karbener CDU versucht dem Wetteraukreis die Schuld für die unzureichende Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung in die Schuhe zu schieben. Dabei muss dieses Problem zwischen Bund und Ländern gelöst werden, damit die Kommunen nicht auf den Kosten sitzen bleiben. Wer ist im Bund und in Hessen an der Regierung?

Fluchtgründe könnten verringert werden, wenn Deutschland dabei helfen würde, Konflikte weltweit zu lösen, statt als drittgrößter Welt-Waffenexporteur für Krieg und Vertreibung mitverantwortlich zu sein.

Droht die Islamisierung des Abendlandes?

Seit Oktober 2014 wird in Dresden montags demonstriert. Gegen die „Islamisierung des Abendlandes“. Die Ziele der Veranstalter sind schwammig. Stattdessen werden Ängste, Vorurteile und das Nationalgefühl angesprochen.

„Islamisierung“ - dieser Kampfbegriff wurde vor zehn Jahren von Rechtskonservativen in den USA erfunden. Warum haben die Veranstalter von PEGIDA diesen Begriff übernommen?

In ihren „19 Punkten“, die die Ziele ihrer Demonstrationen aufzeigen sollen, kommen die Begriffe „Islamisie-

rung“ oder „Islam“ kein einziges Mal vor. Offenbar scheut man bei diesem zentralen Punkt der PEGIDA-Kampagne jegliche Festlegung und setzt auf unausgesprochene Vorbehalte.

Demonstranten in Dresden sagten im Interview: „Wir wollen Weihnachten behalten. Wir wollen weiter in die Kirche gehen und nicht in

die Moschee gehen müssen.“ Was soll man dazu sagen? Das ist ungefähr so: „Ich bin dagegen, dass das Groß-Kärber Schloss gesprengt wird.“ Zwar soll es nicht gesprengt werden aber ich bin schon mal dagegen. Für alle Fälle.

Einer, der die aggressiven Aufrufe zum Widerstand gegen die angebliche Islamisierung ernst nahm, war der Norweger Anders Breivik. Am 22. Juli 2011 ermordete er auf der Insel Utoya 69 sozialdemokratische Jugendliche in einem Ferienlager. Breivik machte die Sozialdemokraten für den „Massenimport von Moslems“ verantwortlich.



Fortsetzung von Seite 1

Taube Ohren

Weg im Winter nicht beleuchtet ist, bekommen Petterweiler Schüler/innen die Karte bis zur 6.Klasse bezahlt, statt bis zur Fünften. Doch dass der Schulweg länger als 3 Kilometer ist, nimmt er nicht zur Kenntnis. In Rendel wird daran festgehalten, dass die kürzeste Strecke zu gelten hat, obwohl sie an einer vielbefahrenen Straße entlang

Im Kreisausschuss des Wetteraukreises sitzen nicht nur die Koalitionsparteien SPD, Grüne und FDP. Auch CDU und Freie Wähler sind vertreten. Sie alle haben einstimmig den Beschluss gefasst, für circa 800 Schüler/innen die Schulwege nicht mehr zu bezahlen, weil sie angeblich sicher sind.

Schulweg befestigen

Weiterhin beantragte der linke Stadtverordnete Hofmann, dass der schlammige Feldweg von Petterweil nach Rodheim schnellstens eine feste Decke erhalten soll. Und zwar noch vor den beiden anderen bereits genehmigten Radwegen Rich-

führt. Der sichere Schulweg wäre länger als 3 Kilometer und müsste bezahlt werden.

Soll das jetzt so bleiben?

Karlheinz Hofmann, Stadtverordneter der Linken, will nicht, dass der Protest verpufft. „Der Magistrat muss sich nachdrücklich dafür stark machen, dass diese fragwürdige Entscheidung der VGO zurückgenommen und die Beförderung der Kinder weiterhin gezahlt wird“, sagt er und stellte einen entsprechenden Antrag im Stadtparlament.

tung Golfplatz/Eckartsgraben und Burgholzhausen. Das hätte wenigstens den Vorteil, dass den Schulkindern, die nach Rodheim laufen oder Radfahren müssen, in der winterlichen Dunkelheit ein Schlammbad erspart bliebe.

Am Gemeinwohl beteiligen

Ein Antrag, die Gewerbesteuer von derzeit 350 auf 357 Punkte zu erhöhen, wurde von der bürgerlichen Koalition im Karbener Stadtparlament abgelehnt. 357 Punkte wurden vom Land Hessen für das Jahr 2016 als Mindestsatz festgelegt. Die Freien Wähler vertraten sogar die Meinung, eine solche Erhöhung sei unsozial.

Die LINKEN hatten bereits für 2014 eine Gewerbesteuererhöhung beantragt, um die Gewerbetreibenden an den Mehrkosten der Stadt Karben angemessen zu beteiligen. Keine der anderen Fraktionen im Karbener Parlament stimmte letztes Jahr dafür.

DIE LINKE. findet die Einführung eines landesweiten Mindestsatzes für Gewerbesteuer gut. Das dämmt den ruinösen Wettbewerb der Kommunen ein, die versuchen, sich mit immer niedrigeren Gewerbesteuersätzen gegenseitig Firmen abzugeben. Eine solche Konkurrenz dient nicht dem Gemeinwohl.